

PRESSEMITTEILUNG

Frankfurt am Main, 29. Oktober 2019

Deutsches Aktieninstitut, DDV und DSW: Totalverluste aus Wertpapiergeschäften müssen steuerlich weiterhin anerkannt werden

Mit Blick auf den Anlegerschutz und die private Altersvorsorge fordern das Deutsche Aktieninstitut, der Deutsche Derivate Verband (DDV) und die DSW (Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz) die Große Koalition gemeinsam auf, die Einkommensteuerreform hinsichtlich der Anerkennung von Totalverlusten aus Wertpapiergeschäften zu überarbeiten.

Das Bundesfinanzministerium beabsichtigt, das Einkommensteuergesetz dahingehend zu ändern, dass Totalverluste aus Wertpapiergeschäften nicht mehr mit Gewinnen aus entsprechenden Geschäften verrechnet werden dürfen. Zu finden ist die geplante Änderung, die die drei Verbände strikt ablehnen, im Gesetzentwurf zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften.

Der Vermögensaufbau mit Aktien und Anleihen sowie die Absicherung des Depots mit Optionsscheinen würden so erheblich unattraktiver und verteuert. Gleichzeitig sende der Änderungsvorschlag ein völlig falsches Signal, nämlich Wertpapiere als Anlageform zu meiden. Auch gebe es verfassungsrechtlich erhebliche Bedenken, weil der Vorstoß mit einem grundlegenden Prinzip der Steuergerechtigkeit bricht: dem Nettoprinzip. Demnach werden Gewinne besteuert und Verluste steuermindernd berücksichtigt. Ein vom DDV in Auftrag gegebenes verfassungsrechtliches Gutachten rät dem Bundesfinanzministerium daher, „die vorgeschlagene rein fiskalisch motivierte Korrekturgesetzgebung ernsthaft zu überdenken.“

„Wenn der Aktionär Aktien mit Verlust verkauft, darf er diese mit Gewinnen aus Aktiengeschäften verrechnen. Geht das Unternehmen, in das er investiert hat, dagegen pleite und der Aktionär erleidet einen Totalverlust, soll er dies, wenn es nach dem Vorstoß des Bundesfinanzministeriums geht, nicht mehr tun dürfen. Das verstehe, wer will. Es ist allgemein anerkannt, dass Aktien für den Vermögensaufbau und die Altersvorsorge ein wichtiger Bestandteil sind. Mit dem Änderungsvorschlag erweist der Gesetzgeber der Aktienanlage und den Bürgern, die für ihren Lebensabend vorsorgen wollen, einen Bärendienst“, kritisiert Dr. Christine Bortenlänger, Geschäftsführender Vorstand des Deutschen Aktieninstituts.

Deutsches Aktieninstitut e.V. • Senckenberganlage 28 • 60325 Frankfurt am Main • Telefon +49 69 92915-0 • Fax +49 69 92915-12
E-Mail dai@dai.de • Internet www.dai.de • Vereinsregister VR 10739 (Amtsgericht Frankfurt am Main) • USt-ID-Nr. DE 170399408

Präsidium: Dr. Hans-Ulrich Engel (Präsident) • Carsten Knobel • James von Moltke • Wolfgang Nickl • Hauke Stars • Dr. Günther Thallinger • Prof. Dr. Ralf P. Thomas • Dr. Jens Weidmann • Harald Wilhelm • Jens Wilhelm • Geschäftsführender Vorstand:
Dr. Christine Bortenlänger

„Mit dieser geplanten Änderung würde der Aktienkultur in Deutschland ein weiterer schwerer Schlag versetzt. Dabei wäre genau das Gegenteil dringend erforderlich. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Aktionärinnen und Aktionäre in Deutschland. Dass sich Olaf Scholz mit diesem Vorschlag bewusst gegen die gefestigte Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes stellt, offenbart die grundsätzliche Gesinnung des Bundesfinanzministers. Was wir hier sehen, ist nichts anderes als Wahlkampf – für die SPD und seine Bewerbung als SPD-Vorsitzenden – auf Kosten von 10 Millionen Bundesbürgern, die sich für ihre Altersvorsorge engagieren“, stellt DSW-Hauptgeschäftsführer Marc Tüngler fest.

„Für den Wirtschafts- und Finanzstandort Deutschland sind die Ideen des Bundesfinanzministeriums ein beunruhigendes Signal“, sagt Dr. Henning Bergmann, geschäftsführender Vorstand des Deutschen Derivate Verbands. „Sie setzen nicht nur das Prinzip der Steuergerechtigkeit außer Kraft, sondern bestrafen auch all die Anleger, die am Kapitalmarkt privat fürs Alter vorsorgen und ihre Portfolien sorgfältig absichern. Im Niedrigzinsumfeld ist das besonders problematisch, weil nur durch das Eingehen höherer Risiken positive Renditen erwirtschaftet werden können. Höhere Risiken müssen aber gemanagt werden, und die Kosten für die Absicherung, das sogenannte Hedging, müssen weiterhin steuerlich geltend gemacht werden können.“

Ihre Ansprechpartner:

Dr. Uta-Bettina von Altenbockum
Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Deutsches Aktieninstitut
Telefon +49 69 92915-47
E-Mail presse@dai.de

Jürgen Kurz
Pressesprecher
Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V. (DSW)
Telefon: +49 211 6697-61
E-Mail juergen.kurz@dsw-info.de

Grit Beecken
Leitung Kommunikation
Deutscher Derivate Verband (DDV)
Telefon +49 69 244 33 03-70
E-Mail beecken@derivateverband.de

Seit 1953 vertritt das **Deutsche Aktieninstitut e.V.** die Interessen der kapitalmarktorientierten Unternehmen, Banken, Börsen und Investoren. Unsere Mitglieder repräsentieren 85 Prozent der Marktkapitalisierung deutscher börsennotierter Aktiengesellschaften. Im engen Dialog mit der Politik arbeiten wir konstruktiv an der Entwicklung von Kapitalmärkten und deren Rahmenbedingungen. Unser Ziel ist zudem, die Aktie als Finanzierungs- und Anlageinstrument in Deutschland zu fördern. Zu unseren Kernthemen zählen die Kapitalaufnahme über Primärmärkte, der Handel von Wertpapieren und die Rechte und Pflichten von Vorständen, Aufsichtsräten und Aktionären. Wir führen zudem die Geschäftsstelle der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex. Von der Rhein-Main-Metropole Frankfurt aus stehen wir in regelmäßigem fachlichen Austausch mit unseren Mitgliedern und bringen ihre Positionen über unser Hauptstadtbüro in Berlin und unser EU-Verbindungsbüro in Brüssel in die Gesetzgebungsprozesse ein. Nähere Informationen zum Deutschen Aktieninstitut finden Sie unter www.dai.de.

Die **Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V. (DSW)** wurde 1947 gegründet und ist heute mit ca. 30.000 Mitgliedern der führende deutsche Verband für private Anleger. Neben der politischen Interessenvertretung in Berlin und Brüssel stellt die DSW ein umfassendes Angebot für Anleger bereit. Hierzu gehören neben der Begleitung in allen Fragen rund um Kapitalanlagen auch die Klärung grundsätzlicher Rechtsfragen per Musterprozess, wie zum Beispiel bei der Volkswagen AG in Sachen Dieselskandal, sowie die Vertretung der Interessen privater Anleger auf jährlich rund 700 Hauptversammlungen. Neben diesen Dienstleistungen für Mitglieder ist es das erklärte Ziel der DSW, die Aktienkultur in Deutschland zu fördern und das Wissen über das Anlagemedium Aktie zu verbessern. Hierfür organisiert sie im Jahr über 100 Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen rund um die Börse.

Der **Deutsche Derivate Verband (DDV)** ist die Branchenvertretung der führenden Emittenten strukturierter Wertpapiere in Deutschland, die mehr als 90 Prozent des deutschen Zertifikatemarkts repräsentieren: BayernLB, BNP Paribas, Citigroup, Commerzbank, DekaBank, Deutsche Bank, DZ BANK, Goldman Sachs, Helaba, HSBC Trinkaus, HypoVereinsbank, LBBW, Morgan Stanley, Société Générale, UBS und Vontobel. Außerdem unterstützen 17 Fördermitglieder, zu denen die Börsen in Stuttgart und Frankfurt, die Baader Bank, die Direktbanken comdirect bank, Consorsbank, flatex, ING-DiBa, maxblue und SBroker sowie Finanzportale und Dienstleister zählen, die Arbeit des Verbands.